Erscheint täglich
früh 6½ Uhr.

Redaction und Expedition
Johannesgasse 33.
Sprechstunden der Redaction:
Vormittags 10—12 Uhr.
Nachmittags 5—6 Uhr.
Für die Rückgabe eingesandter Manuscripte macht sich die Redaction nicht verbindlich.

Annahme der für die nächstfolgende Nummer bestimmten Inserate an Wochentagen bis 3 Uhr Nachmittags, an Sonn- und Festtagen früh bis ½9 Uhr.

In den Filialen für Inf.-Annahme:
Otto Klemm, Universitätsstraße 21.
Louis Lösche, Katharinenstraße 18, p.
nur bis ½3 Uhr.

Leipziger Tageblatt und Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

Auflage 17,500.
Abonnementspreis viertelj. 4½ Mk.
incl. Bringerlohn 5 Mk.,
durch die Post bezogen 6 Mk.
Jede einzelne Nummer 20 Pf.
Belegexemplar 10 Pf.
Gebühren für Extrabeilagen
ohne Postbeförderung 30 Mk.
mit Postbeförderung 45 Mk.

Inserate 6gespaltene Petitzeile 20 Pf.
Größere Schriften laut unserem Preisverzeichniß.
Tabellarischer Satz nach höherem Tarif.

Reclamen unter den Redactionsstrich
die Spaltzeile 50 Pf.
Inserate sind stets an die Expedition zu senden. — Rabatt wird nicht gegeben.
Zahlung praenumerando oder durch Postnachnahme.

№ 175. Sonnabend den 24. Juni 1882. 76. Jahrgang.

Zur gefälligen Beachtung.

Unsere Expedition ist morgen

Sonntag, den 25. Juni,

Vormittags nur bis ½9 Uhr

geöffnet.

Expedition des Leipziger Tageblattes.

Amtlicher Theil.

Bekanntmachung.

Aus Anlaß der bevorstehenden Feier des Johannisfestes werden die Strafbestimmungen in §. 367 Nr. 8 und 368 Nr. 7 des Deutschen Strafgesetzbuchs, wonach **das unbefugte Schießen mit Feuergewehr oder anderem Schießwerkzeuge** oder **das Abbrennen von Feuerwerkskörpern an bewohnten oder von Menschen besuchten Orten oder in gefährlicher Nähe von Gebäuden oder feuerfangenden Sachen** mit **Geldstrafe** oder **Haft** bestraft wird, zur Nachachtung hiermit in Erinnerung gebracht.

Leipzig, den 22. Juni 1882.

Das Polizeiamt daselbst.
Richter.

Bekanntmachung.

Die Herstellung der **Granittrottoirs** an der Einmündung der **Jacobstraße** in den **Ranstädter Steinweg** soll an einen Unternehmer in Accord verdungen werden.

Die Bedingungen und Zeichnungen für diese Arbeiten liegen in unserer Tiefbau-Verwaltung, Rathhaus, Zimmer Nr. 14 aus und können daselbst eingesehen resp. entnommen werden.

Bezügliche Offerten sind versiegelt und mit der Aufschrift: **„Trottoirlegung in dem Ranstädter Steinweg"** versehen ebendaselbst und zwar bis zum **30. Juni l. J. Nachmittags 5 Uhr** einzureichen.

Leipzig, am 20. Juni 1882.

Des Raths der Stadt Leipzig
Straßenbaudeputation.

Bekanntmachung.

Die Herstellung von Schleußen III. Classe in einigen Straßen der Ostvorstadt soll an einen Unternehmer in Accord verdungen werden.

Die Bedingungen und Zeichnungen für diese Arbeiten liegen in unserer Tiefbau-Verwaltung, Rathhaus, Zimmer Nr. 14, aus und können daselbst eingesehen resp. entnommen werden.

Bezügliche Offerten sind versiegelt und mit der Aufschrift: **„Schleußen in der Ostvorstadt"** versehen ebendaselbst und zwar bis zum **8. Juli d. J., Nachmittags 5 Uhr** einzureichen.

Leipzig, am 19. Juni 1882.

Des Raths der Stadt Leipzig
Straßenbau-Deputation.

Bekanntmachung.

Die Lieferung von **Kies** zur Pflasterbettung in den städtischen Straßen soll an einen Unternehmer in Accord verdungen werden.

Die Bedingungen für diese Lieferung liegen in unserer Tiefbau-Verwaltung, Rathhaus, Zimmer Nr. 14, aus und können daselbst eingesehen resp. entnommen werden.

Bezügliche Offerten sind versiegelt und mit der Aufschrift **„Kieslieferung"** versehen, ebendaselbst, und zwar bis zum **29. Juni cr., Nachmittags 5 Uhr** einzureichen.

Leipzig, am 20. Juni 1882.

Des Raths der Stadt Leipzig
Straßenbaudeputation.

Spritzen-Verkauf.

Eine nach altem System gebaute fahrbare Feuerspritze, sogenannte Stiefelspritze, soll mit altem Zubehör **Donnerstag, den 29. Juni d. J., Nachmittags um 3 Uhr,** öffentlich meistbietend verkauft werden. Kauflustige werden hierzu eingeladen.

Markranstädt, den 19. Juni 1882.

Der Stadtgemeinderath.
Härtel.

Nichtamtlicher Theil.

Der Reichskanzler und die Steuerreform.

Seit der Reichskanzler sich mit der Pfaffenpartei, welche aus Rom die Befehle für ihr Verhalten empfängt, verbündet hat, um seine wirthschaftlichen Pläne durchzusetzen, seit die gut **national** gesinnten Mittelparteien von der Regierungspresse **mit Spott** und Hohn überschüttet werden, ist die **Unsicherheit** der herrschende Zustand unseres politischen Lebens geworden.

Auch die Ministerkrisis in Berlin findet ihre Begründung in diesem Zustande. Niemand weiß, in welcher Richtung und auf welchen Wegen Fürst Bismarck die Frage der Steuerreform wieder aufzunehmen gedenkt. Es bleibt dies sein **Geheimniß**, und der Rücktritt Bitter's trägt in hohem **Grade** dazu bei, die beklagenswerthe Unsicherheit über Ziel und **Richtung** auf diesem Gebiete zu vermehren.

Da ist denn guter Rath theuer. Was uns anbetrifft, so vermögen wir uns nur dann eine erfolgbringende Steuerreform zu versprechen, wenn mit dem bisherigen System, ganz ungemessene Bedürfnisse und unerträgliche Uebelstände in den Finanzen der Einzelstaaten und der Gemeinden als vorhanden hinzustellen und zu deren Befriedigung und Beseitigung ebenso ungemessene neue Einnahmen im Reich zu fordern, gründlich gebrochen wird.

Es hat sich aus dem bisherigen Verlauf der Steuerfrage herausgestellt, daß keine einzige Partei geneigt ist, auf diesen Boden einer maßlosen Uebertreibung zu treten, und daß ein System, welches dermaßen ins Blaue und Grenzenlose schweift, auch denjenigen Bestrebungen in der Steuerreformpolitik des Reichskanzlers, die einem wirklichen Bedürfniß entgegenkommen und darum einleuchtend und annehmbar sind, nur schädlich sein kann.

Der angekündigten Wahlagitation betreffs der Steuerfrage wird man in liberalen Kreisen mit größter Ruhe entgegensehen; sie wird, wenn sie nicht ganz neue Bahnen einschlägt, die Sache der Conservativen und der Regierung ebenso wenig fördern, wie die letzte Frucht der Verbindung der conservativen mit der Pfaffenpartei: das kirchenpolitische Gesetz, der jüngste verhängnißvolle Schritt des Reichskanzlers auf dem Wege nach Canossa.

Aber das allgemeine Bedürfniß nach Ruhe vor neuen umwälzenden Steuerplänen ist noch viel größer als der Druck einzelner Uebelstände. Gleichwohl müssen die letzteren, wenn auch gewissen Uebertreibungen entgegengetreten werden muß, bis zu einem gewissen Grade anerkannt werden; und auch in liberalen Kreisen ist man bereit, soweit ein wirkliches Bedürfniß vorhanden und erwiesen ist, an einer Reform mitzuwirken.

Allein eben die Grenze des wirklichen Bedürfnisses darf, wenn der Steuerkarren nicht immer schlimmer verfahren werden soll, nicht überschritten werden. Hier gilt es Maß zu halten und auf dem richtigen Wege zu bleiben. Es dürfen nicht wieder Verwendungszwecke aufgestellt werden, zu deren Erreichung man 300 Millionen neuer Einnahmen im Reich bedürfen würde.

Man muß davon ausgehen, daß, nachdem die Matricularbeiträge thatsächlich, wenn auch nicht der Form nach, beseitigt sind und das Reich auf eigene Füße gestellt ist (ja bei dem naturgemäßen fortschreitenden Wachsthum seiner Einnahmen noch über die Matricularbeiträge hinaus Zuschüsse an die Einzelstaaten wird zahlen können), im großen Ganzen die indirecten Steuerquellen des Reiches erschöpft sind.

Innere Steuerreformen in den Einzelstaaten, vor Allem in Preußen, müssen also ohne weitere Berechnungen auf Reichszuschüsse aus sich heraus und in sich abgeschlossen vorgenommen werden.

Vor Etwas aber kann nicht dringend genug gewarnt werden: man hüte sich, den herrschenden Nothstand zu übertreiben, das ganze bestehende System der directen Steuern als nichtsnutzig und verfehlt hinzustellen und dem Reiche Leistungen zuzumuthen, die es nicht erfüllen kann.

Im Wesentlichen sind nach den Bewilligungen von 1879 die Einnahmequellen des Reichs erschöpft; auf noch viel stärkere Ausnutzung der letzteren sollte keine Steuerreformpolitik mehr rechnen.

Nur wenn Dies anerkannt und dann gerecht geprüft wird, wie unter dieser Voraussetzung Schäden und Uebelstände im Steuerwesen der Staaten und Gemeinden abgestellt werden können, vermögen wir uns eine ersprießliche Wiederaufnahme der Steuerreformfrage zu versprechen. Das war auch der Grundgedanke der neulichen Ausführungen des Führers der nationalliberalen Partei. Indessen Herr von Bennigsen ist heute das Stichblatt der Regierungspresse und seine Steuerpolitik ein Stein des Anstoßes auf dem Wege, welchen der Reichskanzler wandelt.

Leipzig, 24. Juni 1882.

Das Verhältniß zwischen dem Hofe von Berlin und dem Quirinal in Rom ist bekanntlich ein vortreffliches. Wie schon gemeldet, hat der Herzog von Aosta bei seiner jüngsten Anwesenheit in Berlin unserem Kaiser ein Handschreiben des Königs von Italien überbracht; dem Vernehmen nach hat König Humbert in demselben neben den herzlichsten Glückwünschen zu dem freudigen Ereigniß in der kaiserlichen Familie zugleich sein lebhaftes Bedauern darüber ausgesprochen, daß er verhindert sei, der an ihn ergangenen Einladung persönlich Folge zu leisten und damit den längst gehegten Wunsch, dem Berliner Hofe einen Besuch abzustatten, in Ausführung zu bringen. Darauf ist von unserem Kaiser ein in den herzlichsten Ausdrücken abgefaßtes Antwortschreiben ergangen, in welchem Derselbe dem Könige von Italien für dessen Wünsche bestens dankt und zugleich die Hoffnung ausspricht, daß König Humbert den geplanten Besuch binnen Kurzem abhalten werde. Die Bestellung dieses kaiserlichen Handschreibens hatte gleichfalls der Herzog von Aosta übernommen. An unserem Kaiser-Hofe glaubt man daher, dem Besuche des italienischen Herrscherpaares noch im Laufe dieses Jahres mit Bestimmtheit entgegensehen zu können.

Die Angelegenheit des Kieler Landesverraths legt die Frage nahe: wie hat sich die russische Botschaft in Berlin dabei verhalten? In allen bisher verbreiteten Mittheilungen über den tief beklagenswerthen Streich des Deck-Officiers Meiling fehlt jede Andeutung darüber, durch wessen Hände die russische Regierung dies Diebstahlskunststück (anders kann man es wohl nicht nennen) hat ausführen lassen. Es bleibt im Unklaren, ob sie ihre eigene Botschaft in Berlin derart preisgegeben hat, um ihr die Leitung des schmutzigen Geschäfts aufzutragen, oder ob sie zu diesem Zwecke besondere Leute von Petersburg nach Berlin gesandt hat. Man ist behufs der Aufklärung über diese bei der ganzen Sache sehr wesentliche Frage bisher nur auf Vermuthungen und halbe Andeutungen angewiesen geblieben. Nach einer gegenwärtig durch die Presse gehenden Darstellung könnte es scheinen, als ob in der russischen Botschaft Unter den Linden die Fäden der Angelegenheit zusammengelaufen wären; denn es wird ein Unterbeamter der Botschaft als Werkzeug der Entdeckung bezeichnet. Von anderer Seite wird nicht blos diese Lesart, sondern überhaupt der Verdacht bestritten, als ob einer der in Berlin ansässigen Russen in höheren Stellungen, sei es das Civilpersonal, sei es das militairische Personal der Vertretung des Zaren in Berlin, auch nur entfernt mit dem Karten- und Pläne-Diebstahl in Verbindung stände, oder selbst nur vor dessen Entdeckung davon gewußt habe. Eine Bestätigung dieser Behauptung will man in den unvermindert guten Beziehungen finden, in denen Herr v. Saburoff zu den höchsten Kreisen unserer Gesellschaft, voran dem Hofe, steht; und es wäre in der That nicht gut denkbar, daß dies Verhältniß ungetrübt geblieben wäre, wenn auch nur ein Schatten von Zweifel sich an die Persönlichkeit des Botschafters hätte haften können. Aber was von Herrn v. Saburoff selbst gilt, braucht keineswegs auf alle seine Räthe und Hilfsarbeiter Bezug zu haben. Auffällig genug ist es jedenfalls, daß gleichzeitig mit dem Meiling'schen Landesverrath die Nachricht von dem Rücktritt des Herrn von Araboff, des langjährigen ersten Raths der russischen Botschaft, kommt, und daß der russische Marine-Attaché Newakowitsch von Berlin abberufen werden solle. Die letztere Mittheilung geht uns von glaubhaftester Seite zu und sie leitet sich mit Einzelheiten ein, welche es nahe legen, daß die ganze Angelegenheit noch ein vielleicht ernstes diplomatisches Nachspiel zwischen Berlin und Petersburg haben könnte. Der Gesundheitszustand des Meiling ist, wie verlautet, ein sehr bedenklicher. Nach der furchtbaren Aufregung, in welcher dieser Mann Wochen und Monate lang gelebt haben muß, hat ihn der Typhus befallen, der ihn leicht seinem irdischen Richter entziehen mag.

Es hieß am Donnerstag in Berlin, der Kaiser habe bereits das Entlassungsgesuch des Finanzministers Bitter genehmigt und den Staatssecretär im Reichsschatzamte Herrn Scholz zu seinem Nachfolger ernannt. Im Anschluß daran verlautet, daß der Posten des Staatssecretärs im Schatzamt vorläufig nicht besetzt, sondern interimistisch verwaltet werden soll. Von einer Verschmelzung des preußischen Finanzministeriums mit dem Reichsschatzamte sei keine Rede.

Zur Erledigung von Petitionen ist der Reichstag in der Fülle sich drängender wichtiger Arbeiten während der gegenwärtigen Sitzung überhaupt nicht gekommen, und doch enthalten die eingelaufenen Petitionen gerade diesmal ein reiches und nach manchen Seiten hin beachtenswerthes Material. Wir heben hierbei die Vorschläge hervor, welche in einer aus Thüringen abgesandten Petition zur Reform der Militairstrafgerichtsordnung gemacht werden und die von dem schwerlich zu bestreitenden Erfahrungssatz ausgehen, daß nur die wenigsten der Fälle von Dienstvergehen der Vorgesetzten gegen gemeine Soldaten zur Kenntniß kommen, weil die Mißhandelten sich scheuen, eine Anzeige zu erstatten. Ganz vernünftig wird nun gefordert, daß dem gemeinen Soldaten die Anzeige von Ausschreitungen in der Amtsgewalt zur Pflicht gemacht, und daß ihm der Weg zur Anzeige auf jede Weise erleichtert werde. Daß hierfür die Einführung des öffentlich mündlichen Proceßverfahrens nach dem bewährten bairischen Muster die erste Voraussetzung bildet, ist selbstverständlich. Leider liegen die Verhältnisse so, daß alle Wünsche, die in dieser Richtung gehen, auf unbestimmte und recht lange Zeit vertagt werden müssen. Seitdem im Sommer v. J. die Immediat-Commission zur Ausarbeitung einer neuen Militairstrafproceßordnung ihre Arbeiten abgeschlossen, ruht die Sache gänzlich, die wie so manche andere Reform bis dahin zu verschieben sein wird, wo ein liberaler Geist wiederum in die Reichsregierung kommt und mit seinem frischeren Hauche erstarrte Formen und unberechtigte Vorurtheile ins Wanken bringt. Der vom Bundesrath vor Kurzem angenommene Entwurf eines Gesetzes, welches den Militairbehörden die Zuständigkeits-Einrede gegen die Verfolgung von Militairpersonen durch bürgerliche Gerichte gestattet, zeugt von so auffallender Absonderlichkeit, daß aus solchen Anschauungen heraus eine ersprießliche Behandlung dieser und der einschlägigen Fragen überhaupt nicht zu erwarten ist.

In den durch staatliche Absetzung ihrer Oberhirten beraubten preußischen Sprengeln ist der 22. Juni von der katholischen Geistlichkeit und der ultramontan gesinnten Menge sehnlichst herbeigewünscht worden, denn nun tritt das kirchenpolitische Gesetz vom 31. Mai d. J. („Ultimo-Gesetz" wird es mit leichtem Spott von dem „Schwarzen Blatt" genannt) in Kraft und giebt dem Könige von Preußen das Recht, die abgesetzten Bischöfe zurückzuführen. Es fragt sich nur, wie weit von diesem Recht Gebrauch gemacht werden soll. Bei den Bischöfen von Münster und Limburg, die allerdings nicht allzu stark bejchtigt erscheinen, ist es wohl kaum zweifelhaft, daß sie in Kürze zurückkehren werden; der von Limburg hat ja sogar, wie ultramontane Blätter zu berichten wissen, bereits über die Art seiner Einholung Vorkehrungen getroffen, und es wird ihm zum Verdienste angerechnet, daß er durch den Bericht auf eine prunkvolle Feier einen Beweis seiner Friedfertigkeit giebt. Schwieriger liegt die Sache bei dem Erzbischof von Köln; so schwierig, daß die Pfaffen-Presse daran zu verzweifeln vorgiebt, daß auch er „begnadigt" werden würde. Der Widerstand, welchen Herr Melchers den Staatsgesetzen gegenüber geleistet hat, ist allerdings ein bei Weitem thatkräftigerer gewesen als der der Herren Brinkmann und Blum; aber dennoch glaubt man, mit der Wahrscheinlichkeit rechnen zu dürfen, daß die Eingabe der rheinischen Katholiken beim Kaiser Erfolg haben und der Erzbischof zurückkehren wird, wenn er ferneres Wohlverhalten verspricht. Nur Cardinal Ledochowski wird sich bescheiden und trösten müssen; es steht fest, daß er unter keinen Umständen auf den erzbischöflichen Stuhl von Posen-Gnesen zurückkehrt.

Aus Anlaß des Processes Bismarck gegen Mommsen hat Professor Adolf Wagner, der bekannte Katheder-Socialist, an Professor Mommsen ein Schreiben gerichtet, worin er anfragt, ob Dessen Aeußerungen vom 24. September wirklich den Professoren der Staats- und Nationalökonomie gegolten und welche einzelnen Personen er gemeint habe. Darauf erwiderte Professor Mommsen, daß er eine oder einige „einzelne Personen" nicht gemeint habe; er habe nur an Diejenigen gedacht, die diesen Richtungen folgen, aber an Keinen persönlich. Professor Wagner erklärt sich in einem dritten Schreiben mit dieser Versicherung, daß er nicht persönlich gemeint sei, zufriedengestellt; die Sache ist also beigelegt.

Ein verruchter Mordanschlag auf das Leben des Zaren ist entdeckt worden. Wir haben darüber bereits gestern berichtet. Es wurde, nach den vorliegenden Depeschen, am Sonnabend Morgen im Wassili-Ostrow-Stadttheile von St. Petersburg auf der ersten Linie eine Werkstätte zur Anfertigung von Sprenggeschossen aufgehoben. Der Miether der Wohnung, Thierarzt Pribylow, zwei andere Männer und die Köchin des Miethers wurden verhaftet. Der eine der Männer trug Frauenkleider und hatte, da er jung und schmächtig ist, die Maske der Frau des Pribylow durchzuführen vermocht. Die Polizei hatte den Pribylow schon längere Zeit überwacht und beschlossen, nunmehr zuzugreifen; es gelang Dies auch durch Ueberraschung, indem sich Geheimpolizisten in der Verkleidung von Zimmerbahnern einführten und die Gesellschaft, ehe sie etwas Schlimmes befürchtete, gefesselt hatten. Nach einem Berichte des „Berliner Tgbl." hat man 100 Pfund Dynamit und eine größere Menge von Sprenggeschossen gefunden; dieselben sind klein, flach und vollkommen gut zu verbergen; einzelne sollen mit Achselbändern versehen sein, dazu bestimmt, dieselben umhängen und das Geschoß selbst unter der Achselhöhle verbergen zu können. In der Wohnung Pribylow's erschien gleich nach der Ueberrumpelung der Ober-Polizeimeister Kosloff, später verschiedene Artillerie-Officiere der galvanischen Batterie, der Marine, Techniker und Andere als Sachverständige, um das vorgefundene Material zu untersuchen. Von den weiteren Verhaftungen berichtet man der „Vossischen Zeitung". Danach war ein in der Malaja-Masterskajastraße verhafteter Marineofficier Ostrowski Leiter der Terroristen, wie einst Kibaltschitsch. Bei der Haussuchung fand man unter der Diele Pläne der Moskauer Krönungs-Kathedrale und Anweisungen zur Anfertigung neuer Sprengmittel. Die in Reval vorgekommenen Verhaftungen von zwei Seeofficieren standen mit diesen Verhaftungen in unmittelbarer Verbindung und fanden auf Grund aufgefangener Briefe statt. „Die Staatspolizei, so schreibt man dem Blatte, kannte alle Anschläge dieser Terroristen, welche für die Zeit der Krönung geplant waren, hatte aber durch sorgfältige Umstellung und Bewachung jederzeit Gelegenheit, die Verhaftung vor der ins Werk gesetzten That durchzuführen." Jedenfalls soll die Krönung in diesem Jahre auch unter den veränderten Ministerverhältnissen nicht stattfinden und hat die neue Polizeileitung den Beweis ihrer Energie und Vorsicht alsbald dem Zaren zu erbringen Gelegenheit gehabt. Bei dieser Gelegenheit darf man den Wunsch wiederholen, es möge, wenn demnach früher oder später eine Krönung des Zaren stattfindet, unser deutscher Kronprinz nicht nach Moskau gehen, um sein theures Leben zu gefährden.

So kurze Zeit auch das Regiment Ignatieff's währte, so ist dennoch unter demselben das Deutschthum in Rußland sehr übel gefahren. Er war es, der die panslavistischen Hetzer auf die Sonderstellung der Ostseeprovinzen Liv-, Esth- und Kurland, als eine der Majestät des russischen Reiches widersprechende förmlich aufmerksam machte. Auf diese Weise wurde eine lettische und esthnische Agrarbewegung ins Leben gerufen, deren Ende noch gar nicht abzusehen ist. Freilich ist diese Bewegung — den Anfängen nach — älter als Ignatieff's Regiment, aber sie ist erst im letzten Jahre vollkommen auf den Weg der Selbstvernichtung gerathen. Es gibt für die Agitatoren keinen Rückzug und selbst für die Nachfolger Ignatieff's kein Einlenken mehr. Nur Handeln und Zögern kann äußerlich noch die Ruhe erhalten, bis die baltischen Deutschen selbst sich der Aergerlichkeit entschlagen, welche seit 18 Jahren das Wesen ihrer Politik ist, und mindestens in Versuchen einer freisinnigen Landtagsreform die Leitung wieder in die Hand nehmen. Es würde freilich ein wirklich freisinniger Beschluß die Genehmigung der Regierung kaum erhalten, so lange dieser noch nicht die Einsicht gekommen ist, daß die Centralisation und die aufgezwungene Gleichheit zu den wesentlichsten und gefährlichsten Uebeln des großen russischen Reiches gehören. Aber schon ein aufrichtiges Bekenntniß zu freisinniger Hebung der Verhältnisse, ein klar ausgesprochener Wille zur Erweiterung der bäuerlichen Rechte, und ein Beweis des Vertrauens zu Letten und Esthen trotz ihrer agitirenden Advocaten, Schreiber und Küster — Das würde sicherlich den Beweis geben, daß zwischen Deutschen einerseits und Letten und Esthen andererseits ein festeres Band der Interessen, des Gemüths und der gemeinsamen Cultur besteht, als zwischen den Russen und diesen. Der deutsche Charakter der Bildung träte dann auch bei Letten und Esthen zu Tage, und die Einsicht erwachte, daß die jetzt vorhandenen Gelüste, Alles russisch zu machen, eine nationale Selbstzerstörung sind. Für die Weltgeschichte bedeutet aber jene von Rußland her geschürte, von Ignatieff zu besonderer Hitze angefachte Agitation die Frage: soll die Ostsee eine ringsum von germanischer Cultur umgebene See bleiben oder soll der Germanismus mit dem ausdehnungssüchtigen Slaventhum sich fortan in den Besitz dieses Meeres theilen? Peter nahm das Land von Schlüsselburg bis zur Düna; aber er verbürgte ihm die Grundbedingungen seiner deutschen Cultur, die es unter polnischer und schwedischer Herrschaft zu wahren gewußt hatte. Katharina dehnte die Grenze Rußlands bis nach Memmerfatt (Ostpreußen) aus; aber auch sie tastete nicht an den deutschen Culturcharakter Kurlands. Diese beiden Herrscher, denen Rußland seine politische Bedeutung in Europa zumeist verdankt, wußten den Besitz eines Landes mit reicher Cultur und den Vortheil eines Antheils an den Küsten eines germanischen Culturmeeres zu schätzen. Ihre Nachfolger hielten dieses Vermächtniß hoch, nur ehrgeizige Demagogen drängten von Zeit zu Zeit auf eine Politik der vollkommenen Verschmelzung. Sie hatten dabei immer das eigene Interesse, durch Aufstachelung zu Popularität zu gelangen. Auch Ignatieff hat Drachenzähne auf einem Boden gesäet, der zwar nicht dem deutschen Reiche, aber der deutschen Civilisation und als hochwichtiger Theil jenem Küstenstrich angehört, der ringsum die Ostsee mit germanischer Cultur und Sitte umspannt und gegen die Stürme slavischer Ausdehnungsgelüste schützt.

Es ist bekanntlich verucht worden, die Mittheilungen über die grausamen Judenverfolgungen in Südrußland, insonderheit über die Excesse in der Stadt Balta, als stark übertrieben und unwahr hinzustellen und es hat unter Anderm in einer in der Woche nach Pfingsten in Leipzig abgehaltenen Versammlung von evangelisch-lutherischen Geistlichen ein Pastor aus Odessa Veranlassung genommen, die betreffenden Berichte der Uebertreibung und Entstellung zu beschuldigen. Der geehrte Herr scheint aber doch nicht genügend unterrichtet gewesen zu sein, denn der bekannte Schriftsteller Dr. Karl Emil Franzos veröffentlicht neuerdings in der Wiener „Neuen Freien Presse" den Inhalt mehrerer ihm vom Vice-Bürgermeister der Stadt Balta, Iwan Jollinski, übermittelten amtlichen Actenstücke, aus denen erhellt, daß jene früheren Schilderungen über die an der israelitischen Bevölkerung in Balta verübten Bestialitäten nur zu wahr gewesen sind.

Was dieser Schreckensnacht von Balta und dem Tage, der ihr folgte, in der Geschichte der bisherigen Gräuel den traurigen Vorrang sichert, daß hier das Schlimmste geschehen, ist nicht so sehr die Masse des Geraubten, als die systematisch grübe Zerstörung, von der auch nicht Eine jüdische Wohnung des ganzen großen, von mindestens 9000 Menschen bewohnten Stadttheiles verschont blieb. Nicht so sehr die Zahl der Verwundeten und Todten, als das kannibalische Wüthen gegen Mädchen und Frauen. Hier vertheilten sich die Plünderer nicht planlos durch alle Straßen, so daß Einen dies und jenes Haus denn doch entgehen konnte; hier wurde planmäßig „gearbeitet". Der Verlauf war überall derselbe; zuerst wurden sämmtliche Fenster durch Steinwürfe zerschmettert, dann pochten die Plünderer an die Thür und begehrten Einlaß; gehorchten die Be-